

Fragestellung zum Bürgerentscheid „Olympische und Paralympische Segelwettbewerbe in Kiel“

„Sind Sie dafür, dass sich die Landeshauptstadt Kiel an der Seite eines deutschen Hauptaustragungsortes um die Austragung Olympischer und Paralympischer Segelwettbewerbe sowie möglicher weiterer Sportarten (zum Beispiel Freiwasserschwimmen, Coastal Rowing (Küstenrudern), Handball und Rugby) für die Jahre 2036, 2040 oder 2044 bewirbt?“

Hintergrundinformationen zur Fragestellung – Minderheitenmeinung

Finanzielle Risiken für die Stadt Kiel

Die tatsächlichen Gesamtkosten, die auf die Stadt im Falle der Austragung Olympischer und Paralympischer Segelwettbewerbe sowie möglicherweise Wettbewerbe in weiteren Sportarten zukämen, bleiben unklar. Bei der Bewerbung im Jahr 2015 wurden für die Austragung der Olympischen und Paralympischen Segelwettbewerbe in Kiel Kosten von etwa 150 Millionen Euro veranschlagt. Inzwischen, mehr als zehn Jahre später, dürften die Kosten erheblich höher liegen. Zudem kommen diesmal möglicherweise auch Wettbewerbe in weiteren Sportarten hinzu, die zusätzliche Kosten mit sich bringen würden. Erfahrungen bei früheren Olympischen Spielen zeigen außerdem, dass die tatsächlichen Kosten in fast allen Fällen deutlich höher ausfallen als ursprünglich geplant. Wieviel dieser Kosten am Ende tatsächlich durch Fördergelder von Bund und Land getragen werden, lässt sich derzeit noch nicht wirklich absehen.

Investitionen in Olympische Wettbewerbe in Kiel könnten so erhebliche Mittel binden, die in Kiel dringend für Dinge wie Breitensport, Wohnungsbau, Stadtreionalbahn, Bildungseinrichtungen, soziale und kulturelle Infrastruktur etc. benötigt werden.

Abhängigkeit vom Internationalen Olympischen Komitee

Die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele unterliegt den Vorgaben des Internationalen Olympischen Komitees (IOC). Gastgeberstädte müssen umfangreiche Verträge (Host City Contracts, HCC) unterzeichnen, die wenig Spielraum für nachträgliche Änderungen lassen. Diese Verträge sind so gestaltet, dass das finanzielle Risiko primär bei den Gastgeberstädten liegt, die garantieren müssen, etwaige finanzielle Defizite (Shortfalls) zu decken und dem IOC sogar Steuerfreiheit zusichern müssen. Von den Einnahmen profitiert währenddessen vor allem das IOC.

Die in den HCC festgeschriebenen Sicherheits- und Organisationsvorgaben können für die Gastgeberstädte weitere erhebliche Zusatzkosten verursachen.

Gleichzeitig wird die kommunale Entscheidungsfreiheit während der Spiele deutlich eingeschränkt, weil das IOC sich vorbehält, die Regeln während der Spiele vorzugeben und sich das auch vertraglich zusichern lässt.

Ökologische Auswirkungen

Nachhaltigkeitsversprechen und die Realität sind bei Olympischen Spielen sehr unterschiedliche Dinge. Frühere Spiele zeigen, dass ökologische Ziele nicht wirklich eingehalten wurden. Warum das ausgerechnet in Kiel anders sein sollte, ist nicht ersichtlich. Bau- und Infrastrukturmaßnahmen können sensible Meeres- und Küstenökosysteme beeinträchtigen und zur Belastung der Förde und der Küstenbereiche führen.

Die Austragung Olympischer Wettbewerbe bringt auch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen mit sich, was für Kiel zusätzliche Emissionen, Verkehrsbelastung und Lärmentwicklung bedeuten würde.

Unterhalt, Betrieb und eventueller Rückbau temporärer oder neuer Anlagen können die städtischen Haushalte zudem über Jahre belasten.

Wirtschaftliche Effekte

Studien zu Olympischen Spielen zeigen, dass nachhaltige wirtschaftliche Impulse nicht garantiert sind. Touristische Effekte konzentrieren sich auf die Veranstaltungszeit und selbst da ist keineswegs gesagt, dass lokale Unternehmen profitieren würden: Das IOC schreibt in den HCC vor, dass nur seine offiziellen Partner und Lizenznehmer am Veranstaltungsort tätig sein oder werben dürfen.

Soziale Auswirkungen

Der Blick in andere Austragungsstädte wie London, Rio de Janeiro oder zuletzt Paris zeigt: Olympische Spiele führen zu Miet- und Preissteigerungen in den Gastgeberstädten. Und oft sind diese Steigerungen nicht nur temporär. Gerade Mietpreise werden, wenn sie einmal erhöht wurden, nach den Spielen nicht wieder gesenkt. Für eine Stadt wie Kiel, in der schon jetzt ein Mietnotstand herrscht, kann das einen enormen Gentrifizierungsprozess bedeuten: Viele derzeitige Kieler*innen werden sich das Leben in der Stadt nicht mehr leisten können und von wohlhabenderen Menschen verdrängt werden, was dann wieder zu neuen Steigerungen der Mieten und Preise führen kann.

Kurzfristig kommen mit der Austragung Olympischer Wettbewerbe noch weitere Nachteile auf die Kieler*innen zu: Flächen, die derzeit öffentlich zugänglich sind, können während der Olympischen und Paralympischen temporär gesperrt oder kommerzialisiert werden und weiträumige Sperrungen und Kontrollen während der Wettbewerbe werden den Alltag der Bevölkerung noch weiter einschränken.